Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10879

28. 05. 98

Antrag

der Abgeordneten Anke Fuchs (Köln), Ernst Schwanhold, Hermann Bachmaier, Hans Berger, Lilo Blunck, Hans Büttner (Ingolstadt), Hans Martin Bury, Norbert Formanski, Günter Graf (Friesoythe), Manfred Hampel, Rolf Hempelmann, Uwe Hiksch, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Gabriele Iwersen, Jann-Peter Janssen, Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Sabine Kaspereit, Werner Labsch, Dr. Elke Leonhard, Dieter Maaß (Herne), Herbert Meißner, Siegmar Mosdorf, Jutta Müller (Völklingen), Christian Müller (Zittau), Volker Neumann (Bramsche), Günter Oesinghaus, Adolf Ostertag, Hermann Rappe (Hildesheim), Otto Reschke, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wieland Sorge, Dr. Dietrich Sperling, Jörg-Otto Spiller, Dr. Peter Struck, Josef Vosen, Wolfgang Weiermann, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Mit Innovationen Massenarbeitslosigkeit überwinden

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Massenarbeitslosigkeit ist weiterhin die stärkste politische Hypothek. Deutschland befindet sich nach wie vor in der schwersten Beschäftigungs- und Strukturkrise der Nachkriegszeit. Die exportgestützte Konjunktur der letzten Monate hat zwar den Arbeitsmarkt in Westdeutschland entlastet, die Zunahme der Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland aber nicht aufhalten können. Die Wachstumsprognosen der Bundesregierung haben sich wiederholt als unrealistisch und überoptimistisch erwiesen. Selbst wenn diese optimistischen Prognosen eingetroffen wären, hätte sich die Massenarbeitslosigkeit nicht fühlbar reduziert. Die Wachstumsschwäche ist Folge vieler Fehlentscheidungen der Bundesregierung. Der Anstieg der Masseneinkommen ist durch hohe Steuer- und Abgabenbelastung viel zu gering, um Konjunktur und Beschäftigung nachhaltige Impulse zu geben. Die Investitionstätigkeit ist nach wie vor zu wenig auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze und statt dessen auf Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau ausgerichtet, obwohl sich die Ertragslage der Unternehmen wesentlich verbessert hat.

Die Bundesregierung reagiert nach wie vor kurzatmig und konzeptionslos auf die Beschäftigungs- und Strukturkrise. Sie hat im Jahre 1997 massiv Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik

zurückgefahren. Jetzt vor der Wahl werden sie mit kurzen Laufzeiten wieder eingeführt.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist einzig unter dem kurzfristigen Kriterium der Defizitbegrenzung erfolgt. Haushaltsbelastungen sind dabei in die Zukunft verschoben worden, und zwar zu Lasten von Wachstum und Arbeitsplätzen.

Nach wie vor ist die Bundesregierung unfähig, Prioritäten in öffentlichen Haushalten und bei den politischen Maßnahmen zu setzen, die zu einer zukunftsgerechten Umstrukturierung der deutschen Wirtschaft und damit zur nachhaltigen Schaffung von Arbeitsplätzen führen.

Dies gilt insbesondere für Forschung, Innovation und Mittelstandspolitik. Die Bundesregierung verfügt weder über die erforderlichen Konzepte noch ist sie in der Lage, die erforderlichen Mittelumschichtungen für eine zukunftsorientierte Innovations- und Wirtschaftspolitik vorzunehmen.

Nach wie vor kämpft die deutsche Wirtschaft mit Nachteilen, die durch die falsche Rahmensetzung der Bundesregierung vor allem in den Bereichen Lohnnebenkosten, Innovationsförderung und Überregulierung geschaffen worden sind.

Wirtschaft und Gewerkschaften gemeinsam haben in den vergangenen Jahren mehr für die Stärkung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft getan als die Bundesregierung. Sie hat vielmehr durch ihre Ablehnung eines Bündnisses für Arbeit und soziale Gerechtigkeit die innovative Erneuerung der deutschen Wirtschaft schwer behindert und damit die Massenarbeitslosigkeit weiter verfestigt.

Deutschland fällt in wichtigen Zukunftsbereichen, insbesondere bei Forschung, technologischer Entwicklung und ihrer wirtschaftlichen Umsetzung sowie bei Bildung und Ausbildung im internationalen Vergleich der Industrieländer, weiter zurück.

Der Bundesregierung gelingt es nicht, daß Gewicht Deutschlands innerhalb der EU positiv für wirtschaftliche Stabilität, aktive Beschäftigungspolitik und soziale Sicherheit einzusetzen. Sie gibt sogar ihre eigenen Positionen in der Währungs- und Finanzpolitik auf, ohne damit jedoch den Weg zu einer europäischen Beschäftigungsinitiative freizumachen.

Der Deutsche Bundestag fordert:

Ein Programm für Innovationen und Arbeitsplätze.

Ein neuer Kurs in der Wirtschafts-, Forschungs-, Technologie- und Finanzpolitik ist angesichts des ungelösten Problems des Strukturwandels, der Massenarbeitslosigkeit und der Zunahme des Rechtsradikalismus ein Gebot der Stunde.

Die erforderliche Wende muß eingeleitet werden durch Maßnahmen, die zu neuer wirtschaftlicher Dynamik, nachhaltiger Stärkung der Innovationsfähigkeit und -tätigkeit sowie zu einer gerechten Verteilung der Belastungen des Strukturwandels führen.

1. Bündnis für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit

Der Abbau der Massenarbeitslosigkeit verlangt Veränderungen in der Arbeitswelt, bei der Gestaltung unseres Bildungs- und Forschungssystems, der sozialen Sicherung und beim Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Zukunftsweisende Konzeptionen und ein breiter Konsens der gesellschaftlichen Gruppen sind dazu unerläßlich.

Die wirtschaftspolitischen Leitlinien eines solchen Bündnisses für nachhaltiges Wachstum und neue Arbeitsplätze müssen folgende Initiativen sein:

- technologische Erneuerung der deutschen Wirtschaft, damit Deutschland wieder mit Spitzentechnologien und Spitzenqualitäten auf den Zukunftsmärkten im In- und Ausland erfolgreich sein kann;
- Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft und der Unternehmenslandschaft in Deutschland;
- Finanzierung von Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung, anstelle einer sinnlosen Finanzierung von Arbeitslosigkeit;
- mehr Chancen und Rechte auf inhaltliche Mitwirkung in der Arbeitswelt der Zukunft;
- Nutzung aller Chancen der Globalisierung und der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zukunftsgestaltung.

2. Bildung, Wissenschaft und Forschung stärken

Nur wer in Bildung, Wissenschaft und Forschung investiert, investiert in die Zukunft unseres Landes. Trotzdem hat die Bundesregierung seit Jahren die Ausgaben für Bildung und Forschung gekürzt. Sie liegen in Deutschland inzwischen pro Kopf der Bevölkerung unterhalb des Durchschnitts der europäischen Industrieländer.

Als erster Schritt müssen deshalb die Zukunftsinvestitionen des Bundes in Bildung, Wissenschaft und Forschung innerhalb der nächsten fünf Jahre verdoppelt werden. Damit ist auch ein Programm für Investitionen in die wissenschaftlich-technische Infrastruktur verbunden, das wesentlich zur Belebung des Arbeitsmarktes beitragen wird.

Den Hochschulen kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Sie leisten mit der Ausbildung von hochqualifizierten Arbeitskräften einen bedeutenden Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität und Zukunftssicherung. Die Forschung der Hochschulen bildet das Fundament des deutschen Forschungssystems und schafft die Grundlagen für wissenschaftliche, technologische, soziale und wirtschaftliche Innovationen.

Damit die Hochschulen ihre Aufgaben künftig besser erfüllen können, sollen sie mehr Autonomie in Fragen der Organisation und Verwaltung sowie in ihrer Haushaltsführung erhalten. Mehr Wettbewerb im Bildungs- und Wissenschaftssystem ist möglich, ohne

daß damit Einheitlichkeit, Qualität und Zugangsmöglichkeiten eingeschränkt werden.

Unser Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungssystem muß weiter reformiert werden. Bürokratische Hindernisse und Überregulierungen müssen abgebaut, dafür mehr Flexibilität, mehr Durchlässigkeit und mehr Praxisbezug verwirklicht werden. Allen Jugendlichen muß eine Chance auf einen qualifizierten Ausbildungsplatz und auf den Übergang ins Erwerbsleben gegeben werden.

Die Fortbildung soll ausgebaut werden, damit sich alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an die schnell wechselnden Bedingungen des Arbeitslebens anpassen können. Die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens macht eine enge Verzahnung zwischen Berufsleben und beruflicher Fortbildung unerläßlich. Zugleich wird damit der Arbeitsmarkt auf sinnvolle Weise erheblich entlastet.

3. Aufbruch für neue Technologien und Innovationen

Wir fordern den Deutschen Bundestag auf, mit einer Innovationsinitiative bessere Grundlagen für wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Veränderungen in Deutschland zu schaffen. Wir brauchen eine intensive Auseinandersetzung über Chancen und Nutzen neuer Technologien, insbesondere der Bio- und Gentechnologie, der Informationstechnologie, der neuen Energie- und Umwelttechnologien, der neuen Materialien, der neuen Verkehrssysteme und der Automatisierung in industrieller Produktion und Büroarbeit. Diese Innovationsoffensive muß den Weg bereiten, um neue Arbeitsplätze durch Nutzung dieser neuen Schlüsseltechnologien zu schaffen. Das große Wissenschaftspotential Deutschlands ist zugleich eine Verpflichtung, es weltweit für nachhaltiges Wachstum und die Verbesserung der sozialen Lage in der Welt einzusetzen.

Die Kooperation von Wirtschaft, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen muß verbessert werden, damit es zu einer schnelleren Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in wirtschaftliche Erfolge kommen kann. Insbesondere die Nutzung der Chancen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sind dabei von herausragender Bedeutung. Diese moderne Querschnittstechnologie eröffnet neue Möglichkeiten für zukunftssichere Arbeitsplätze, für die Erhaltung der Umwelt, für besseren Zugang zu Wissen und Information und für eine stärkere Beteiligung am demokratischen und kulturellen Leben unserer Gesellschaft. Auf die jetzt bevorstehenden Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft durch die Informations- und Kommunikationstechnologien muß die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft so schnell wie möglich umfassend vorbereitet werden. Der Deutsche Bundestag muß dafür Sorge tragen, daß im Rahmen einer finanziell deutlich besser ausgestatteten Forschungs- und Technologieförderung Programme zur Durchführung von Pilot-, Demonstrations- und Modellvorhaben geschaffen werden.

Durch den ökologischen Strukturwandel kann es gelingen, gleichzeitig Innovation, Umweltschutz und Beschäftigung zu fördern und zu sichern. Der Deutsche Bundestag wird deshalb aufgefordert, die Erstellung eines nationalen Umweltplanes zu beschließen. Zusammen mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Umweltverbänden müssen hier Ziele, Maßnahmen und Zeitpläne erarbeitet und abgestimmt und vor allem durch Selbstverpflichtungen und freiwillige Vereinbarungen abgesichert und verwirklicht werden. Mit einer ökologischen Steuerreform muß der schonende Umgang mit der natürlichen Umwelt belohnt werden. Gleichzeitig werden damit Anreize zu innovativen Lösungen geschaffen. Neue umweltschonende Technologien, neue und effiziente Energiesysteme, umweltschonende Produktions- und Verfahrenstechniken müssen verstärkt gefördert und schneller marktmäßig umgesetzt werden. Die Förderprogramme für Solarenergie müssen gestärkt werden. Modell- und Demonstrationsvorhaben können zu einer schnelleren Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in vermarktbare Produkte und Verfahren beitragen.

4. Neuer unternehmerischer Geist und unternehmerische Tatkraft

Ohne eine Erneuerung der Unternehmenslandschaft in Deutschland durch Existenzgründungen und Wachstum mittelständischer Unternehmen bleibt auch die technologische und innovative Erneuerung unvollständig.

Der Deutsche Bundestag hat in vielen Debatten einen breiten Konsens darüber erzielt, daß die Bereitstellung von Chancen- und Risikokapital, eine wesentliche Vereinfachung und Reduzierung der vielfältigen Förderprogramme sowie eine Entlastung von institutionellen und administrativen Hemmnissen, notwendig ist. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung zum wiederholten Male auf, ein einheitliches Konzept zur Förderung von Existenzgründern und jungen, mittelständischen Unternehmen vorzulegen. In einem solchen Programm müssen die Rahmenbedingungen für Mittelstand, Handwerk und Existenzgründungen wesentlich verbessert werden durch:

- Entlastung von Lohnnebenkosten durch Senkung der Sozialabgaben;
- Vereinfachung von gesetzlichen Regelungen für Existenzgründer und mittelständische Unternehmen sowie eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren;
- Konzentration der Förderprogramme auf wenige, flexible und transparente Förderbausteine;
- Neuauflage des Personalkostenzuschußprogramms für die Einstellung von Forschungspersonal in kleinen und mittleren Unternehmen;
- Förderung der Zusammenarbeit kleiner und mittlerer Unternehmen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen;

- Unterstützung der industriellen Gemeinschaftsforschung;
- Bündelung arbeitsmarkt- und unternehmensbezogener Förderprogramme, insbesondere bei Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik;
- Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für die Beteiligung an innovativen Unternehmen, an Beteiligungsgesellschaften für Wagnis- und Beteiligungskapital sowie für eine Stärkung der Aktie als Finanzierungsinstrument für Existenzgründer und mittelständische Unternehmen;
- Stärkung des Dienstleistungssektors, insbesondere im Bereich der haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungen durch Service- und Dienstleistungsgutscheine.

5. Intelligente Organisation der Arbeit fördern

Die neue Flexibilität in Produktion und Büroarbeit verlangt eine Neuordnung und Neuorganisation der Arbeit. Eine innovative Wirtschaft braucht eine flexibel ausgestaltete und nach Betriebsgrößen und Branchen differenzierte Arbeitszeit. Flexible und kürzere Arbeitszeiten sind auch notwendig, um eine deutliche Verringerung der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Der Deutsche Bundestag wird deshalb aufgefordert, in enger Absprache mit den Tarifvertragsparteien die notwendigen Rahmenbedingungen für mehr Teilzeitarbeitsplätze, für Überstundenabbau und Zeitsouveränität zu schaffen. Insbesondere bei flexiblen Lebensarbeitszeiten und flexiblen Übergängen zwischen Arbeit einerseits und Bildung, Nichterwerbstätigkeit und Ruhestand andererseits, sind die heutigen gesetzlichen Bestimmungen entsprechend zu verändern. Der Deutsche Bundestag wird deshalb aufgefordert, umgehend eine entsprechende Rahmengesetzgebung zu schaffen und zu beschließen.

Die Veränderungen der Arbeitswelt verlangen mehr Leistungsbereitschaft und Verantwortungsübernahme als in der Vergangenheit. Die soziale Partnerschaft in den Betrieben ist deshalb ein wesentliches Element zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Der Ausbau der Mitbestimmung und die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Kapital und Gewinn der Unternehmen ist deshalb unerläßlich. Der Deutsche Bundestag wird deshalb aufgefordert, die erforderliche Rahmengesetzgebung für Investivlohnvereinbarungen der Tarifpartner, für die Beteiligung der Beschäftigten an überbetrieblichen Fonds und für eine Verbesserung des Insolvenzenschutzes zu schaffen. Dasselbe gilt für Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien zur Weiterentwicklung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz und im Betrieb sowie zur Sicherung und Weiterentwicklung der qualifizierten Mitbestimmung in den Unternehmen. Der Deutsche Bundestag wird weiterhin aufgefordert, Fehlentscheidungen beim Kündigungsschutz, beim Schlechtwettergeld und bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, schnellstmöglich wieder zu beseitigen, damit der soziale Friede erhalten bleibt.

6. Eine Innovationsoffensive für Ostdeutschland

Mit einem beispiellosen Kahlschlag der Bundesregierung ist zwischen 1991 und 1997 die Zahl der in der Industrieforschung Beschäftigten von 35 000 auf 15 000 Beschäftigte reduziert worden. Damit wurde die Basis für eine wirtschaftliche Erneuerung der neuen Bundesländer schwer beschädigt.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf, verstärkt Mittel in den Aufbau und Ausbau der wissenschaftlich-technischen Infrastruktur in den neuen Bundesländern zu lenken. Dazu gehören insbesondere auch Einrichtungen, die als Brutstätten für neue Technologien und Unternehmen die Verbindung zwischen Forschung und Wirtschaft herstellen.

Für die technologische Entwicklung, insbesondere aber für die Schaffung von qualitativ hochwertigen und zukunftsgerechten Arbeitsplätzen ist der beschleunigte Ausbau der verkehrs-, energie-, umwelt-, versorgungs- und wirtschaftsnahen Infrastruktur von zentraler Bedeutung. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf, Investitionsvorhaben zu beschleunigen und genehmigte Investitionsvorhaben vorzuziehen und zu finanzieren.

7. Chancen der Globalisierung nutzen

Die Bundesregierung hat sich in den vergangenen Jahren mehr und mehr aus der Außenwirtschaftspolitik zurückgezogen. Die Länder konnten diesen Rückzug des Bundes nicht ausgleichen. Insbesondere für mittelständische Unternehmen ist deshalb eine neue Gemeinschaftsaktion von Bund und Ländern zur Stärkung der mittelständischen Unternehmen, insbesondere in den neuen Wachstumsregionen der Weltwirtschaft, erforderlich.

Weiterhin ist im Interesse des Mittelstandes in Deutschland die nicht vertragsgerechte Zentralisierung von Entscheidungen und die Intransparenz von Entscheidungsvorgängen der EU abzubauen. Sie belasten vor allem die mittelständische Wirtschaft in Deutschland und behindern die weitere europäische Integration.

Deregulierung, Entbürokratisierung und Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips sind dringend erforderliche Weichenstellungen in der europäischen Politik.

Bonn, den 28. Mai 1998

Anke Fuchs (Köln)
Ernst Schwanhold
Hermann Bachmaier
Hans Berger
Lilo Blunck
Hans Büttner (Ingolstadt)
Hans Martin Bury
Norbert Formanski
Günter Graf (Friesoythe)
Manfred Hampel
Rolf Hempelmann
Uwe Hiksch
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Gabriele Iwersen
Jann-Peter Janssen
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Sabine Kaspereit
Werner Labsch
Dr. Elke Leonhard
Dieter Maaß (Herne)
Herbert Meißner

Siegmar Mosdorf
Jutta Müller (Völklingen)
Christian Müller (Zittau)
Volker Neumann (Bramsche)
Günter Oesinghaus
Adolf Ostertag
Hermann Rappe (Hildesheim)
Otto Reschke
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Wieland Sorge
Dr. Dietrich Sperling
Jörg-Otto Spiller
Dr. Peter Struck
Josef Vosen
Wolfgang Weiermann
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333